

Hammersbach Der Zusammenschluss 1970

Gemeinsame Konzeption bereits bei der Wahl 1968

Im Sommer 1964 deutet der damalige Marköbeler Ortsvereinsvorsitzende Wilhelm Dietrich in einem Grundsatzreferat vor den SPD-Mitgliedern erstmals an, dass durch die hessische Landesplanung bedeutende Veränderungen auf die Marköbeler Kommunalpolitik zukommen könnten. Dietrich formuliert einige langfristige Überlegungen, mit denen er die Attraktivität der ländlichen Wohnsitzgemeinde Marköbel sicherstellen will: Von einer dringend notwendigen Kläranlage ist ebenso die Rede wie von einem Sport- und Kulturzentrum beim Spielplatz am Fuße des Weinberges. Was aber 1964 noch überhaupt nicht absehbar ist und in der Vorstellungswelt der Kommunalpolitiker keine Rolle spielt, wird schon wenige Jahre später Realität: der Zusammenschluss der heutigen Ortsteile Langen-Bergheim und Marköbel zur neuen Gemeinde Hammersbach am 31. Dezember 1970.

Im Zuge der hessischen Bestrebungen zur Gebietsreform droht am Ende der 60er Jahre beiden Dörfern der Anschluss an größere Flächengemeinden, in denen sie auf Grund ihrer Randlage sicherlich auch nur eine Randrolle hätten spielen können. Die Auseinandersetzung mit dieser „Bedrohung“ beginnt in der SPD bereits 1967. Heinz Benker ruft in einem Schreiben an den Ortsvereinsvorsitzenden Emil Köth am 9. April 1967

zur Gründung eines Arbeitskreises auf, der sich mit der weiteren Entwicklung der Gemeinde beschäftigen soll: „Kümmern wir uns nicht intensiv um die Stellung und Entwicklung der Gemeinde, kann es passieren, dass die Entwicklung über uns hinweggeht.“

Nur wenig mehr als ein Jahr später geht die SPD in Langen-Bergheim und Marköbel mit einer ausführlichen Konzeption für die Gemeindeentwicklung in den Kommunalwahlkampf. Diese Kon-



Heinz Benker, einer der „Väter“ von Hammersbach, war Vorsitzender der Kommission und treibende Kraft zum Zusammenschluss von Langen-Bergheim und Marköbel. Benker, Fraktionsvorsitzender bis 1973, übernahm nach der katastrophalen Wahl Niederlage 1977 erneut den Fraktionsvorsitz, den er 1986 an Wilhelm Dietzel übergab.

zeption sieht bereits die Zusammenarbeit und nach Möglichkeit den Zusammenschluss der beiden Gemeinden vor. Dazwischen liegt ein gewaltiges Stück konzeptioneller Fleißarbeit, erster Diskussionen innerhalb der SPD der beiden Orte, mit den Bürgern und mit übergeordneten Entscheidungsträgern.

Nachdem dieser erste Schritt getan ist, folgen auch die Fraktionen der Wählergemeinschaften etwa ein Jahr später der SPD-Initiative, und im September 1969 votieren beide Gemeindevertretungen einstimmig grundsätzlich für den Zusammenschluss und beschließen die Bildung einer Kommission zu dessen Vorbereitung. Vorsitzender der Kommission wird Heinz Benker (SPD), von dem die ersten Anregungen zum Zusammenschluss stammten und der nun weiter beharrlich und mit großem Einsatz die Arbeit der Kommission vorantreibt. Nach einem Rückschlag in Langen-Bergheim, wo die Gemeindevertretung im Juli 1970 den Auseinandersetzungsvertrag mit 4:4 Stimmen ablehnt, wird dann doch noch im September des gleichen Jahres auch in Langen-Bergheim der Zusammenschluss mit 5:4 gebilligt (Marköbel hatte sich bereits einstimmig dafür entschieden) und der Vertrag von beiden Gemeindevorständen unterschrieben.

Innerhalb kürzester Zeit ist es damit der SPD als der tragenden politischen Kraft in beiden Orten gelungen, eine entscheidende Weichenstellung in der Geschichte Langen-Bergheims und Marköbels durchzusetzen, dem Zug-

zwang des Anschlusses an umliegende Großgemeinden zu entgehen und nicht zuletzt im Auseinandersetzungsvertrag Zukunftsprojekte festzuschreiben, die bis in die heutige Zeit hineinreichen: dem Kreis Hanau wird der Bau der Grundschule im Ortsmittelpunkt abgetrotzt, der Kindergarten wird projektiert und der Neubau des Rathauses vorgesehen.

Am 31. Dezember 1970 wird der Zusammenschluss zur neuen Gemeinde Hammersbach mit einer Feier im zukünftigen Ortsmittelpunkt begangen.

Kommunalwahl 1971

Voller Optimismus geht die SPD ihre Arbeit in der neuen Gemeinde an. „Mit der SPD ein neues Hammersbach“ wirbt die Wahlbroschüre zur Kommunalwahl am 17. April 1971, in der den Bürgern die Verwirklichung verschiedener „Nahziele“ (Schule, Kindergarten, Sportanlage, Kläranlage, Straßenausbauten in Marköbel und Erschließungsmaßnahmen in den Langen-Bergheimer Neubaugebieten) bis 1974 versprochen wird. Später soll dann das neue Ortszentrum mit Rathaus, Bürgerhaus und einer zentralen Feuerwehrrhalle entstehen. Die Kommunalwahl ist die erste Bewährungsprobe für die Sozialdemokraten in der neuen Gemeinde, und das Ergebnis ist beruhigend:

SPD	909 Stimmen	51,6%
CDU	125 Stimmen	24,1%
FDP	147 Stimmen	8,3%
Bürgerblock	281 Stimmen	15,9%

Die SPD gewinnt die absolute Mehrheit der Wählerstimmen. Die Fusion, die auch manche Beunruhigung hervorgerufen hat, schadet der Hammersbacher Sozialdemokratie offensichtlich nicht.

Hammersbach wächst zusammen

Mit allen Kräften gilt es nun, die Festlegungen des Auseinandersetzungsvertrages zwischen Langen-Bergheim und Marköbel und die optimistischen Wahlversprechen einzulösen. Tatsächlich werden in den folgenden Jahren die meisten Projekte auch verwirklicht, manche im gesetzten Zeitrahmen, manche aber auch mit spürbarer Verzögerung (wie etwa die Kläranlage). Einige der Zielsetzungen fallen freilich späteren Entwicklungen zum Opfer und kommen nicht (Bürgerhaus) oder in veränderter Form zur Ausführung. So etwa die zentral geplante Feuerwehrehalle. Stattdessen werden später zwei Feuerwehrrätehäuser in den Ortsteilen entstehen.

Die „Ära“ Glänzer 1971-1983

Eberhard Glänzer wird Bürgermeister

Am 30. Juli 1971 wird Konrad Wahl, der ehemalige Bürgermeister Marköbels, der seit der Gründung Hammersbachs als Staatsbeauftragter für eine Übergangszeit eingesetzt ist, verabschiedet. Sein Nachfolger, Eberhard Glänzer (SPD), 31 Jahre jung, tritt sein neues Amt am 1. August 1971 an. In ihn setzt die SPD die Hoffnung, dass er die vielfälti-



*Eberhard Glänzer, der umstrittene
Bürgermeister von 1971 – 1983.*

gen und schwierigen Aufgaben der Hammersbacher Gründungsphase Hand in Hand mit den Beigeordneten und der SPD-Mehrheitsfraktion bewältigen wird. Einige Zeit herrscht nun in der neuen Gemeinde „produktive Unruhe“, wie der Hanauer Anzeiger bemerkt.

Kommunalwahl 1972

Bereits im Oktober 1972 stellen sich die Parteien erneut zur Kommunalwahl. Die SPD geht, personell und programmatisch kaum verändert, siegessicher in das Rennen und kann ihre Position sogar noch verbessern.

Das Ergebnis:

SPD	1.126 Stimmen	58,0%
CDU	459 Stimmen	23,6%
FDP	117 Stimmen	6,0%
Bürgerblock	240 Stimmen	12,3%

Streit um Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses

Im Februar 1973 wird erstmals eine weniger produktive Form der Unruhe spürbar. Um den Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses, Fritz Merz (SPD), entsteht öffentlicher Streit. Die Oppositionsparteien melden Zweifel an, ob Merz, der beruflich als Makler (auch auf Hammersbacher Terrain) tätig ist, nicht in „Widerstreit der Interessen“ gerate, wenn er ausgerechnet dem Bau- und Planungsausschuss vorstehe. Anlass für die Besorgnisse der Opposition sind Ungereimtheiten um ein Wochenendhausgrundstück. Die CDU beantragt einen Untersuchungsausschuss, der aber von der Parlamentsmehrheit abgelehnt wird.

Der Bürgermeister verliert das Vertrauen der SPD

Im Herbst 1973 gerät an die Öffentlichkeit, was zwischen der sozialdemokratischen Fraktions- und Parteispitze und Bürgermeister Glänzer schon eine Weile schwelt. Die SPD-Führung wirft dem Bürgermeister vor, dass er seinem Amt nicht gewachsen ist, Fehler begeht, die Gemeindevertretung desinformiert, eigenmächtig handelt und sich über Beschlüsse der Gemeindevertretung hinwegsetzt.

Schlagabtausch zwischen Bürgermeister und SPD-Spitze

Der Eklat ruft Landrat Woythal (SPD) auf den Plan, der sich bemüht, vermittelnd einzugreifen. Weil auch eine eigens anberaumte SPD-Mitgliederversammlung

keine Klarheit bringt, empfiehlt Woythal eine Bürgerversammlung der SPD, in der die gegenseitigen Vorwürfe geklärt werden sollen. Die SPD lädt daraufhin die Bürger für den 16. Oktober in das Martin-Luther-Haus in Marköbel ein. Zur klärenden Auseinandersetzung kommt es dennoch nicht. Die Bürgerversammlung platzt, weil der vorgesehene Versammlungsraum 500 interessierte Zuschauer nicht zu fassen vermag. Das Duell wird nun schriftlich fortgesetzt. Der Bürgermeister lässt eine Rechtfertigungsschrift verteilen, und die SPD-Spitze antwortet mit einem 17seitigen Papier voller Vorwürfe. Am 30. Oktober findet eine Gemeindevertretersitzung statt, die aber ebenfalls nichts zur Klärung der Verhältnisse beitragen kann. Schon zu Beginn der Sitzung verlässt der Bürgermeister, und mit ihm Teile des Gemeindevorstandes, die Sitzung. Wenig später folgen CDU und FDP. Einen Tagesordnungspunkt „Vertrauenskrise zwischen SPD-Fraktion und Bürgermeister“ wollen alle nicht akzeptieren.

Rücktrittswelle

Am gleichen Abend wird bekannt, dass der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Heinz Benker, zurückgetreten ist, weil es ihm, wie er mitteilt, nicht gelungen ist, die Querelen einer parteiinternen Regelung zuzuführen. Wenige Tage später treten auch die SPD-Beigeordneten Hans Berthold und Hans-Joachim Paetzold zurück. Nachdem schließlich Ende November auch noch der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Georg Neeb, und der umstrittene Vorsitzende des Bau-



Georg Neeb, Ortsvereinsvorsitzender 1971 – 1977 und Gemeindevertreter-Vorsitzender bis 1973.

und Planungsausschusses, Fritz Merz, ihre Ämter zur Verfügung stellen, ist der Auseinandersetzung - vorübergehend - die Spitze genommen.

Kommunalwahl 1977

Das Wahlprogramm der SPD zur Kommunalwahl am 20. März 1977 lässt wenig von der Aufregung spüren, die den Kampf um die Stimmen der Wähler diesmal prägt. Betont sachlich wirbt man mit einem Vergleich zwischen den Programmaussagen aus dem Jahr 1972 und den mittlerweile verwirklichten Projekten. Die Gemeinschaftseinrichtungen im Ortsmittelpunkt (Kindergärten, Schule, Sporthalle, Sportgelände)

sind bis auf das Rathaus errichtet, die Haupteinschließung des Ortsmittelpunktes ist abgewickelt. Darüber hinaus kann die Fraktion auf eine ganze Anzahl kleinerer Vorhaben verweisen, die auf Initiative der SPD in den vergangenen Jahren durchgesetzt werden konnten. Für die kommende Arbeitsperiode der Gemeindevertretung verspricht die SPD die beschleunigte Fertigstellung der Gruppenkläranlage und den Beginn der Bebauung im Ortsmittelpunkt. Das Thema „Gemeindefinanzen“ spielt ebenfalls eine herausragende Rolle. Die Gemeinde konnte natürlich ein solches Bündel neuer Einrichtungen nicht nur aus eigenen Mitteln finanzieren und war gezwungen, den Schuldenstand zu erhöhen. Nun, im Wahlkampf, spielt das eine Rolle und die SPD sieht sich veranlasst, ihre Finanzpolitik und die von ihr vertretenen Projekte noch einmal vor den Wählern zu rechtfertigen. Vieles, was heute als vollkommen selbstverständlich außerhalb jeder Diskussion steht, muss 1977 immer wieder neu begründet werden.

Die Kandidatenliste der SPD repräsentiert ausgeglichen die beiden Ortsteile. Dahinter steht unübersehbar das Bemühen, auf die Gefühlswelt vieler Bürger Rücksicht zu nehmen, die sehr skeptisch verfolgen, ob der Zusammenschluss für die alte Heimatgemeinde nicht doch vielleicht noch irgendwelche Nachteile mit sich bringt. Im SPD-Ortsverein selbst spielen solche Überlegungen bis dahin kaum noch eine Rolle.

Bürgermeister Glänzer verliert endgültig das Vertrauen der SPD

Den Wahlkampf 1977 und das Wahlergebnis vom 20. März bestimmen aber weder vergangene Leistungen noch Versprechen für die Zukunft. Das alles bewegende Thema ist der Versuch der SPD, nur einige Tage vor der Kommunalwahl einen neuen Bürgermeister durchzusetzen. Ursache für diesen Versuch sind die jahrelangen Auseinandersetzungen mit Bürgermeister Eberhard Glänzer. Nachdem bereits 1973 lautstark und öffentlich zwischen der SPD-Fraktion und ihrem Bürgermeister Streitigkeiten ausgetragen worden waren, beginnt nach einer zweijährigen Phase relativer Ruhe das Hin und Her öffentlicher Beschuldigungen und Verdächtigungen erneut. Im April 1975 legt sich die SPD in einer Mitgliederversammlung endgültig fest: der Bürgermeister soll die Partei verlassen, da er das Vertrauen der Mitglieder verloren hat. Zugleich soll die Kommunalaufsicht eingeschaltet und eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Glänzer in Gang gebracht werden. Zur Begründung wird der Öffentlichkeit eine lange Liste von Versäumnissen und Fehlern des Bürgermeisters vorgelegt. In weiteren Mitgliederversammlungen im August 1975 und im Januar 1976 beschließt die SPD einstimmig, bei der nächsten Bürgermeisterwahl Eberhard Glänzer nicht mehr als Kandidaten zu nominieren. Gleichzeitig wird gegen ihn ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Am 10. Dezember 1976 erklärt Eberhard Glänzer seinen Austritt aus der SPD, kurz

vor der angekündigten Entscheidung der SPD-Schiedskommission. Einen Tag später beschließt die Gemeindevertretung mit den Stimmen der SPD-Mehrheitsfraktion die Nichtwiederwahl des amtierenden Bürgermeisters und bildet einen Ausschuss zur Vorbereitung der Bürgermeisterwahl.

Hammersbach - Lieblingsthema der Presse

Die Bürger können nun fast täglich aus der Presse Neuigkeiten über die Szenerie der Hammersbacher Kommunalpolitik entnehmen und fühlen sich recht unwohl in ihrer Rolle als Zuschauer eines Gezänks, das offenbar kein Ende nehmen will. Die Presse freilich nutzt ihre Chance und breitet die „Hammersbacher Verhältnisse“ genüsslich aus. Als im Dezember im Hanauer Anzeiger gar ein Beitrag über angeblich in Hammersbach kursierende Witze mit lokalpolitischem Hintergrund erscheint, ist für manchen Bürger das Maß voll. Ein Marköbeler schreibt in einem Leserbrief: „Es kommt mir vor, als ob die Gemeindepolitik von Hammersbach ein Lieblingsthema Ihrer Redaktion sei. Der Aufsatz ... Wildsäue greifen Bürgermeister an ist nach meinem Empfinden der Gipfel der Geschmacklosigkeit... Dürfen eigentlich Journalisten ungestraft andere Leute beleidigen und lächerlich machen? Dieser Aufsatz hat mich recht geärgert. Könnten Sie nicht Ihre ‚Fürsorge‘ einmal einem anderen Ort zuwenden und uns Hammersbachern eine Schonzeit gewähren? Auch den Hasen wird ja nicht das ganze Jahr über nachgestellt.“

Der Streit spitzt sich zu

Die Hammersbacher Bürger sind - dafür ist der Leserbrief nur ein Indiz - längst „bedient“ von den Querelen ihrer politischen Vertreter. Gerade jetzt aber flammen die Streitigkeiten noch einmal besonders intensiv auf. Die CDU kritisiert Rechtsverstöße und Formfehler bei der Ausschreibung der Bürgermeisterstelle, und tatsächlich wird im Januar 1977 ein neuer Wahlvorbereitungsausschuss gewählt und die Bürgermeisterstelle neu ausgeschrieben. Gegen einen Prüfungsbericht der Kommunalaufsicht, von dem sich Bürgermeister Glänzer entlastet sieht, legt die Gemeindevertretung Rechtsmittel ein, weil sie den Bericht für unzulänglich hält. Als der Bürgermeister die Veröffentlichung des Berichtes ankündigt, beantragt die Gemeindevertretung dagegen eine einstweilige Verfügung. All das geht nicht ohne „Geschimpfe, böse Worte, Beleidigungen und Diffamierungen“ ab, wie der Hanauer Anzeiger bemerkt.

Bürgermeisterwahl vor der Kommunalwahl?

Zum Hauptstreitpunkt wird schließlich die Frage, ob die Neuwahl des Bürgermeisters noch vor oder erst nach der Kommunalwahl am 20. März stattfinden soll. Die SPD, die vorher wählen möchte, muss sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, sie wolle das Wählervotum nicht abwarten, um auf jeden Fall ihren Kandidaten durchzusetzen. Der Hinweis der SPD-Fraktion auf Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung findet nur noch wenig Gehör. Der Gemeindevor-

stand legt Widerspruch gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung und des Wahlvorbereitungsausschusses ein, weil er durch eine Bürgermeisterwahl kurz vor der Kommunalwahl „das Wohl der Gemeinde gefährdet“ sieht.

„Bürgerbegehren“

Inzwischen hat der Bürgermeister eine neue politische Heimat im Bürgerblock Hammersbach (BBH) gefunden und führt dort die Liste der Kandidaten zur Kommunalwahl an. Der Bürgerblock wendet sich mit einem „Bürgerbegehren“ gegen den vorgesehenen Termin der Bürgermeisterwahl und kann in kürzester Zeit über 1.300 Unterschriften wahlberechtigter Bürger sammeln. Die SPD weist zwar mehrfach öffentlich darauf hin, dass ein solches Bürgerbegehren gegen Grundsätze der Hessischen Gemeindeordnung verstößt, dem Prinzip der repräsentativen Demokratie widerspricht und für die Gemeindevertreter keine bindenden Verpflichtungen bewirkt, aber solche formalen Hinweise fruchten in der spürbar aufgeregten Stimmung der letzten Wahlkampftage kaum.

Die Wahl fällt aus

Am 8. März, zwei Tage bevor ihn die Mehrheitsfraktion der SPD zum neuen Bürgermeister Hammersbachs wählen möchte, stellt die SPD in einer öffentlichen Sitzung ihren Kandidaten vor: Willi Sudhoff aus Oestrich-Winkel im Rheingau, Mitarbeiter des Hessischen Innenministeriums. Die mit Spannung erwartete Wahl fällt aber ins Wasser. Das

Verwaltungsgericht Frankfurt entscheidet auf Antrag des Gemeindevorstandes durch eine einstweilige Anordnung, dass die Bürgermeisterwahl nicht stattfinden darf. Der Hanauer Anzeiger kommentiert: „Die Kommunalwahl am 20. März sollte gerade jetzt nicht zu einer Personalwahl werden. Es gilt die Leistungen und Programme der einzelnen Parteien zu würdigen ...“ (11. 3. 1977). Ob in der aufgeheizten Hammersbacher Atmosphäre solche Überlegungen bei der Wahl noch eine große Rolle spielen, wird man wohl in Zweifel ziehen müssen.

Katastrophale Wahniederlage 1977

Das Ergebnis der Wahl stellt das gewohnte Bild völlig auf den Kopf: Die SPD muss eine schwere Niederlage hinnehmen. Sie verliert fast die Hälfte ihrer traditionellen Wähler und erreicht nur noch 28,1 Prozent der Stimmen. Die jetzt nur noch siebenköpfige SPD-Fraktion ist damit für lange Zeit auf die Oppositionsbänke verbannt.

Interne Konsequenzen bleiben nicht aus. Der langjährige Ortsvereinsvorsitzende Georg Neeb stellt sein Amt zur Verfügung: „Wenn eine Partei unter einem Vorsitzenden in einer Gemeinde nahezu 40 Prozent ihrer Stimmen und die Hälfte ihrer Parlamentssitze verliert, dann muss der Vorsitzende daraus die Konsequenzen ziehen und das Feld räumen.“



Hans Paetzold, Ortsvereinsvorsitzender 1977 – 1983 und 1988 – 1989, Mitglied des Gemeindevorstandes bis 1973, 1. Beigeordneter 1989 – 1993. Er gehörte viele Jahre dem Kreistag und als ehrenamtliches Mitglied dem Kreis-ausschuss an.

Hans-Joachim Paetzold (damals Kreistagsabgeordneter) wird Neebs Nachfolger. Die Analyse der verlorenen Wahl führt zu dem Ergebnis, dass die Wähler offensichtlich ihren Protest gegen die harte Auseinandersetzung zwischen der SPD und dem Bürgermeister zum Ausdruck bringen wollten und dass das Sachprogramm der SPD nur noch eine nebeneordnete Rolle spielte. Die Fraktion wählt zu ihrem neuen Vorsitzenden Heinz Benker.

Die „Bürgerliche Koalition“ bestätigt Bürgermeister Glänzer

Eberhard Glänzer indessen wird am 28. April mit den Stimmen von BBH, FDP und CDU für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt. Die CDU korrigiert dabei ihren im Wahlkampf vertretenen Standpunkt, dass eine Neuwahl mit vorangegangener Ausschreibung und echten Entscheidungsalternativen auf jeden Fall das Beste sei. BBH, CDU und FDP finden zu einer „Bürgerlichen Koalition“ zusammen, die allerdings nur 20 Monate Bestand hat. Als im November 1978 die CDU die Koalition auflöst, führt sie zur Begründung „Eigenmächtigkeiten und Unvermögen des Bürgermeisters“ an, und weitere drei Jahre später lesen wir im Hanauer Anzeiger, „dass in CDU-Kreisen die Meinung mittlerweile kursiert, dass es wohl der größte Fehler gewesen sei, Bürgermeister Glänzer vor fünf Jahren in seinem Amt bestätigt zu haben.“

Oppositionsjahre 1977-1984

Zum ersten Mal seit 1945 müssen sich die Mitglieder der SPD-Fraktion nun darauf einstellen, dass ihnen die Möglichkeit zur Gestaltung der kommunalen Entwicklung vollständig genommen ist. Das ist bitter, denn man blickt ja doch mit einigem Stolz auf die Leistungen der Vergangenheit zurück. Dennoch versucht die SPD, konstruktiv und sachlich in der Gemeindevertretung mitzuarbeiten. Mit über 100 Anträgen und Anfragen zeigt die SPD bis zur nächsten Kommunalwahl

1981, dass ihr durch ihre Niederlage nicht auch die kommunalpolitische Kompetenz verloren gegangen ist.

Gleichzeitig verstärkt sie ihre eigene Basisarbeit und die Öffentlichkeitsarbeit. Die mittlerweile sehr rührigen Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten und der sozialdemokratischen Frauen haben daran großen Anteil. Die Kontakte zu den örtlichen Vereinen und Verbänden werden vertieft, um Anregungen aufnehmen zu können und eigene Vorstellungen in der Kommunalpolitik deutlich zu machen.

In der Gemeindevertretung ist die SPD-Fraktion zunächst chancenlos. Ihre Anträge werden von der bürgerlichen Koalition fast alle abgelehnt. Umgekehrt gelingt es kaum, Vorhaben der Koalition zu verhindern, die in den Augen der SPD unsinnig sind (etwa der ersatzlose Verkauf von Kinderspielflächen). Erst als die CDU aus der bürgerlichen Koalition ausscheidet, bieten sich eher auch wieder Einflussmöglichkeiten für die SPD-Fraktion. Kleine Erfolge stellen sich ein. Die Kinderferienspiele beispielsweise, von der SPD erstmals 1978 beantragt und von den anderen Parteien abgelehnt, werden 1979 auch von der CDU akzeptiert, und 1980 sind dann auch BBH und FDP dafür.

Aufwind bei der Kommunalwahl 1981

Bei der Kommunalwahl 1981 zeigt es sich, dass die Haltung der SPD-Fraktion von den Wählern verstanden wird. Dass die SPD in der Opposition nicht nur

kritisch die Arbeit der Mehrheit verfolgt, sondern auch selbst unermüdlich mit Anregungen und Ideen aufwartet, honorieren die Wähler mit einem Plus von 8,3 Prozent.

Das Ergebnis:

SPD	796 Stimmen	36,4%
BBH	764 Stimmen	35,0%
CDU	439 Stimmen	20,1%
FDP	97 Stimmen	4,4%
UWGH	89 Stimmen	4,1%

Die SPD ist damit wieder zur stärksten Partei geworden und hofft, auf die Geschicke Hammersbachs zukünftig wieder größeren Einfluss nehmen zu können. Doch CDU und BBH, die im Wahlkampf noch heftige Auseinandersetzungen geführt haben, sorgen für eine Überraschung.

Die bürgerliche Koalition lebt wieder auf

Durch entsprechende Listenabsprachen besetzen BBH und CDU in Gemeindevertretung und -vorstand alle wichtigen Positionen und lassen ihre Koalition wieder aufleben. Ihre erneute Zusammenarbeit bleibt nur bis Ende 1982 stabil, aber solange ist auch die SPD-Fraktion wieder auf die Oppositionsbänke verbannt. Dort setzt sie ihre sachliche und konstruktive Arbeit fort, ein wenig verärgert zwar über die überraschende Wendung nach der Kommunalwahl, aber keineswegs entmutigt. Dabei ist sie keineswegs erfolglos. Als etwa im März 1982 bekannt wird, dass im Wald zwischen Hammersbach und

Limeshain ein NATO-Munitionsdepot errichtet werden soll, ergreift die SPD sofort auf mehreren Ebenen die Initiative, um das Bauwerk zu verhindern. Die Bemühungen der SPD und vieler Bürger, die sich gleichermaßen gegen das Munitionsdepot engagieren, haben schließlich Erfolg. Der hessische Innenminister teilt Hans Paetzold, dem damaligen Ortsvereinsvorsitzenden, mit, dass er den Militärbehörden einen anderen Standort vorgeschlagen habe. Damit ist das NATO-Depot verhindert.

Schnelles Ende der Koalition

Ende 1982 beginnt es in der bürgerlichen Koalition zu kriseln und Anfang 1983 wird klar, dass die CDU der Wiederwahl von Bürgermeister Glänzer nicht zustimmen wird. Dadurch zerbricht die Koalition endgültig. Den Haushaltsplan 1983 beschließen wenig später die Fraktionen von SPD und CDU zusammen, nachdem die Vorlage des Gemeindevorstandes in wesentlichen Teilen verändert worden ist. Die vorgesehene Neuverschuldung wird stark vermindert und dem Verkauf von Gemeindebesitz (abgesehen von den Bauplätzen im Ortsmittelpunkt) ein Ende gesetzt.

Nach dieser Entscheidung stehen die Jahre 1983 und 1984 ganz im Zeichen der Bürgermeisterwahlen.

Glänzer geht - was kommt danach?

Am 6. April 1983 steht in der Gemeindevertretung ein Antrag auf Wiederwahl des bisherigen Bürgermeisters zur Ab-

stimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt, der Weg für Neuwahlen ist frei. Ein vorausschauender Kommentar prophezeit tags darauf im Hanauer Anzeiger: „... nach der gestrigen Entscheidung der Gemeindevertreter ist die Zukunft wichtiger. Und da steht offensichtlich einiges an vorprogrammierten Querelen ins Haus. Welcher politischen Couleur soll denn nun der künftige Bürgermeister sein? Ein SPD-Mann? CDU und BBH werden es mit Sicherheit zu verhindern wissen. Einer von der CDU? Bei der Geschlossenheit des SPD-Blocks und den scheelen Blicken, die man nach der Verhinderung von Glänzers Wiederwahl seitens des BBH auf die Christdemokraten wirft, ist auch dies nicht sehr wahrscheinlich.“ Der Kommentator spinnt seine Gedanken noch weiter, aber verlässliche Vorstellungen davon, wie die Hammersbacher Parlamentarier ihr Problem lösen könnten, entwickelt er auch nicht. Schon gar nicht kann er ahnen, dass die Realität noch komplizierter werden wird, als er sie seinen Lesern ausmalt.

Verhandlungsmarathon

Bedingt durch die Ausschreibungsfrist, die parlamentarische Sommerpause, Vorstellungsgespräche der Bewerber und die schwierigen Einigungsgespräche zwischen den Fraktionen verzögert sich die Wahl bis in den Herbst.

Innerhalb der SPD einigt man sich zunächst auf einen Kandidaten, der Verwaltungsfachmann ist und der SPD angehört. Er ist aber in den Verhandlungen

mit BBH und CDU nicht durchzusetzen, obwohl an seiner Qualifikation niemand zweifelt. Die CDU erklärt ausdrücklich, dass sie einen der SPD angehörenden Kandidaten unter gar keinen Umständen mittragen wird, und der BBH beharrt auf seinem Kandidaten Glänzer.

Angeichts der Sitzverteilung im Parlament (SPD und BBH je 9, CDU 5 Sitze) bieten sich der SPD-Fraktion nun eigentlich nur noch zwei Alternativen. Entweder man versucht den eigenen Kandidaten bedingungslos durchzuboxen - was am Ende zu einem Losentscheid führen könnte, bei dem das Glück ja auch auf den BBH-Kandidaten Glänzer fallen könnte - oder man bemüht sich um einen Kompromisskandidaten, der auch für eine der anderen Fraktionen tragbar ist.

„Schwarz-Rote Koalition“ und „schlechte Verlierer“

Die SPD entscheidet sich für den Kompromiss und einigt sich mit der CDU auf den parteilosen Verwaltungsbeamten Peter Antmanky aus Reichelsheim, der am 30. September in einer turbulenten Gemeindevertretersitzung gewählt wird. Zwei Gemeindevertreter - sicherlich aus den Reihen von SPD und CDU - stimmen gegen beide Kandidaten. Noch immer ist manchem unbehaglich beim Gedanken an die „Schwarz-Rote Koalition“. Die Turbulenzen in der Sitzung verursacht der BBH. Die FAZ schreibt: „Zu offenkundig war der Versuch des Bürgerblocks, die neue ‚Koalition‘ in eine Falle stolpern zu lassen, um die

Bürgermeisterwahl anfechten zu können. Was da an formalistischen Tricks präsentiert wurde, verriet genaues Studium von gerichtlich anerkannten Fußangeln..." (3.10. 1983).

Der Hanauer Anzeiger spricht von „schlechten Verlierern“, die „alles andere als demokratisches ‚Fairplay‘ bewiesen“. Wie auch immer, der Zweck des Manövers erfüllt sich, gravierende Mängel bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl werden festgestellt. CDU und SPD bemängeln vor allem, dass Bürgermeister Glänzer anwesend war und an der Personaldebatte teilnahm. Dabei habe er sich im „Widerstreit der Interessen“ befunden. Einen Monat später beschließt die Gemeindevertretung auf Empfehlung der Kommunalaufsicht, die Wahl aufzuheben und das Wahlverfahren vollständig zu wiederholen. Bis zum nächsten Versuch einer Bürgermeisterwahl wird nun der erste Beigeordnete Willi Kuhn (BBH) 93 Tage lang die Amtsgeschäfte führen müssen.

Die „Ära“ Meininger 1984-2004

Helga Meininger wird Bürgermeisterin

Eine völlig neue Situation ergibt sich, als sich nun auch Helga Meininger, Hauptamtsleiterin der Gemeinde und SPD-Mitglied, für die Position des Bürgermeisters bewirbt und der BBH signalisiert, dass er diese Kandidatur unterstützen wird. Da ohnehin in der SPD-Fraktion



Helga Meininger, Bürgermeisterin 1984 – 2004. Sie war die erste Bürgermeisterin im Main-Kinzig-Kreis und die zweite in Hessen. Nach zwanzigjähriger Tätigkeit wurde ihr der Titel „Ehrenbürgermeisterin“ verliehen.

mittlerweile der Widerstand gegen das schwarz-rote Bündnis stark gewachsen ist, kommt in ausführlichen Verhandlungen mit dem Bürgerblock eine Einigung zustande. SPD und BBH vereinbaren eine kommunalpolitische Zusammenarbeit bis 1989 und beschließen dazu gemeinsam ein entsprechendes Sachprogramm.

Am 2. Februar 1984 wird Helga Meininger zur neuen Bürgermeisterin gewählt. Zum ersten Mal übernimmt damit im Main-Kinzig-Kreis eine Frau dieses Amt. In der SPD gären die Ereignisse noch eine Weile nach. Bei der Wahl der Bürgermeisterin hatten

Bürgermeisterin mit hauchdünner Mehrheit

Zum ersten Male übernimmt im Main-Kinzig-Kreis eine Frau den Sessel des Verwaltungschefs

Helga Meininger ist Bürgermeisterin Hick-Hack von Hammersbach beendet

Helga Meininger als erste Frau im Kreis zur Verwaltungschefin
gewählt

Die Qual der Bürgermeisterwahl

Helga Meininger leitet nun Geschicke in Hammersbach

Bürgermeisterfichte kündigt vom großen Hammersbacher Ereignis

Alter Brauch lebt fort: Bürgermeisterbaum am Haus Meininger aufgestellt

Denkbar knappes Ergebnis



Nach ihrer Wahl zur Bürgermeisterin packt Helga Meininger die Probleme an. So wird der Bau des Feuerwehrgerätehauses Langen-Bergheim vordringlich bearbeitet. Bei einer Besichtigung (von links): Fraktionsvorsitzender Heinz Benker, Bürgermeisterin Helga Meininger, Wehrführer Willi Seitz und Kreisbeigeordneter Hans Paetzold.

nicht alle in der SPD-Fraktion für Helga Meininger gestimmt, weil ihnen das Bündnis mit dem Bürgerblock als nicht tragbar erschien.

Endlich Ruhe

Danach wird es allmählich ruhiger in der Hammersbacher Kommunalpolitik. Die jahrelange unfruchtbare Konfrontation zwischen BBH und SPD ist zu Ende, und die Gemeindevertreter haben endlich wieder mehr Raum für die Bewältigung der kommunalpolitischen Notwendigkeiten. Die SPD-Fraktion geht mit großem Elan an die Arbeit, unternimmt Ortsbegehungen und trifft sich mit den Vertretern der örtlichen Vereine und Verbände, um deren Hinweise und Vorschläge, aber auch ihre Kritik aufzunehmen. In den wenigen Monaten bis zur nächsten Kommunalwahl können dann auch noch wichtige Beschlüsse gefasst und Aufgaben angepackt werden. So wird etwa der Bau des Feuerwegerätehauses in Langenbergheim beschleunigt betrieben, der Rathausneubau im Ortsmittelpunkt endlich beschlossen, für die Jugend- und Sozialarbeit für zunächst ein Jahr ein Sozialarbeiter eingestellt und der probeweise Beitritt zum Feldwegverband Vogelsberg beschlossen.

Kommunalwahl 1985

Im Vorfeld der Kommunalwahl 1985 geht es in Hammersbach erfreulich sachlich und ruhig zu. Die UWGH kandidiert diesmal nicht mehr. Die FDP, die 1981 an der 5-Prozent-Hürde gescheitert war, geht nun eine Listenverbindung mit dem BBH ein. Die SPD wirbt mit einem detaillierten Programm, das alle Bereiche der Kommunalpolitik abdeckt und natürlich mit Helga Meininger, der SPD-Bürgermeisterin, die schon nach ihrem ersten Amtsjahr zu großer Popularität gelangt ist. Der Ausgang der Wahl bestätigt die Hoffnung, dass die SPD nun endgültig wieder Tritt gefasst hat und das Vertrauen vieler Wähler zurückgewinnen konnte.

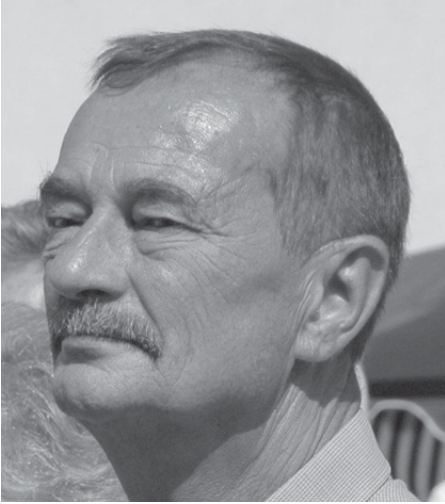
Im Vergleich zur letzten Gemeindewahl kann die SPD einen Zugewinn von 8,4 Prozent erreichen. Damit nähert sie sich auch im örtlichen Bereich wieder den Ergebnissen bei Kreistags-, Landtags- oder Bundestagswahlen an. Die empfindliche Niederlage von 1977 ist weitgehend wettgemacht.

Als unzweifelhaft stärkste Fraktion der neuen Gemeindevertretung stellt die SPD nun auch wieder den Vorsitzenden des

Das Ergebnis:

SPD	1.017 Stimmen	44,8%	10 Sitze
BBH/FDP	662 Stimmen	29,2%	7 Sitze
CDU	545 Stimmen	24,0%	6 Sitze
DKP	44 Stimmen	1,9%	0 Sitze

Parlaments. Einstimmig gewählt wird dazu Dirk-Jürgen Schäfer, der das Amt bis 2001 inne hat.



Dirk-Jürgen Schäfer, seit 1981 Gemeindevertreter und von 1985 – 2001 Vorsitzender der Gemeindevertretung.

Rathaus-Neubau

Zu den beherrschenden Themen der folgenden Jahre gehören der Rathausneubau im Ortsmittelpunkt, die Planungen für eine (nie verwirklichte) Ortsumgehung Marköbel, der Austritt aus dem Schwimmbadzweckverband Nidderau, die Erarbeitung einer Spielplatzkonzeption und einer umweltschonenden Abfallkonzeption, die Beantragung des Autobahnanschlusses Hammersbach, der Umbau der alten

Schule in Langen-Bergheim (Hanauer Straße 30), um Räumlichkeiten für eine Arztpraxis und das DRK zu schaffen, und die Einrichtung eines Spiel- und Verkehrsübungsplatzes neben der Grundschule im Ortsmittelpunkt.

In vielen Fällen kann sich die Gemeindevertretung auf gemeinsame Entscheidungen verständigen. Gelegentlich steht die SPD-Fraktion mit ihren Initiativen zwar allein. Insgesamt haben sich aber die Einflussmöglichkeiten der SPD seit der Wahl im März 1985 verbessert.



Wilhelm Dietzel, seit zwanzig Jahren Fraktionsvorsitzender

Im Januar 1986 gibt Heinz Benker nach 15-jähriger Amtstätigkeit den Vorsitz der SPD-Fraktion an Wilhelm Dietzel ab. Benker, damals 70 Jahre alt, ist sich sicher, dass die SPD wieder Tritt gefasst

hat, und hält einen Generationswechsel für erforderlich. In dem 35-jährigen Nachfolger sieht er einen fest im Ort verwurzelten Kommunalpolitiker mit Perspektive. Damit hat er Recht. Wilhelm Dietzel übt sein Amt die nächsten 20 Jahre aus und steht 2006 als Spitzenkandidat der Sozialdemokraten noch einmal zur Wiederwahl. An der Seite von Helga Meininger prägt er das Erscheinungsbild der Hammersbacher SPD mit. Die SPD hat die Lektion der Wahlniederlage von 1977 nicht vergessen: auch Mehrheiten gestatten keine arrogante Machtausübung. Notwendig sind Bürgernähe, Über-

zeugungskraft, Orientierung an der Sache, uneigennütziges Eintreten für das Wohl der Gemeinde.

Erstmals Protestmarsch in Hammersbach

1988 schwappen internationale Ereignisse bis ins kleine Hammersbach. Das amerikanische Militär sucht in der Region nach geeigneten Stellungen für die mobilen Patriot-Abwehrraketen und hält offenbar das Waldgebiet am Hellrain oberhalb von Langen-Bergheim für geeignet. Dagegen regt sich schnell massiver Widerstand. Am 19. November organisiert die SPD den Protest



„Wald statt Raketen“ war 1988 das Motto eines von der Hammersbacher SPD ausgelösten Sternmarsches der umliegenden SPD-Ortsvereine zum Hellrain, auf dem die Amerikaner eine Raketen (Patriot)-Stellung planten. Der Protest zeigte Erfolg.

durch einen Sternmarsch, an dem sich auch die Genossen aus Eckartshausen, Ronneburg und Limeshain beteiligen. Im Hellrain werden als Zeichen des Protestes vier Eichen gepflanzt.

„CDU erlebte ein Waterloo“

Die neu gewählte Bürgermeisterin Helga Meininger ist in diesen Jahren immer wieder Ziel von persönlichen und politischen Angriffen der Opposition. Sie muss sich sogar vor Gericht gegen bössartige Behauptungen zur Wehr setzen. Für Helga Meininger sind diese Jahre eine harte kommunalpolitische Schule, die sie aber bravourös meistert. Die Wählerinnen und Wähler strafen 1989 die Opposition, auch für ihren aggressiven Wahlkampfstil, ab: „Die CDU erlebte ein Waterloo und musste ihre Hoffnungen bei unter 20 Prozent begraben“ (Stadtkurier).

1989: Absolute Mehrheit

Der frische Wind bei den Sozialdemokraten führt in der Kommunalwahl 1989 zu einem herausragenden Ergebnis. Die SPD legt fast 10 % zu und erreicht 54,38 %. Unter diese Marke ist sie bis heute nicht mehr gefallen. Der BBH kann sich behaupten. Die FDP scheitert an der 5-Prozent-Klausel. Der eigentliche Verlierer der Wahl ist die CDU, die sich die absolute Mehrheit als Ziel setzt, aber zwei Mandate einbüßt und nur noch mit vier Vertretern in das Gemeinderat einzieht.

„Rekordgewinn...“

Die SPD kann ihren Wahlerfolg nur kurz feiern, denn 1989 feiert Hammersbach 1150 Jahre Marköbel und 850 Jahre Baiersröderhof und viele Mitglieder sind aktiv dabei. Nicht nur ein großes Fest wird aus diesem Anlass vorbereitet,

Rekordgewinn der SPD Hammersbacher Sozialdemokraten mit absoluter Mehrheit

Debakel für CDU — Bürgerblock konnte sich behaupten

In der Hammersbacher SPD herrscht nach der Wahl eitel Freude

In allen Ortsbezirken die absolute Mehrheit erreicht

auch die Dorferneuerung Marköbel findet ihren Abschluss mit der aufwändigen Restaurierung des historischen Rathauses. Fortan steht es für kulturelle Veranstaltungen aller Art zur Verfügung und der alte Ratssaal im Obergeschoss wird zum gerne genutzten Trauzimmer der Gemeinde.

Wiederwahl von Helga Meininger

Im Herbst des Jahres steht die Bürgermeisterwahl an. Die SPD, gestärkt und selbstbewusst durch das Ergebnis der Kommunalwahl, schlägt Helga Meininger zur Wiederwahl vor. Die Redebeiträge

in der Gemeindevertretung, auch die der Oppositionsfractionen zeigen, dass die junge Bürgermeisterin sich durchgesetzt hat. Ihre Arbeit wird von allen geschätzt und gewürdigt. Das überraschende Wahlergebnis: Zwanzig Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen und nur einer Nein-Stimme. Ihre Wiederwahl feiern die Bürger am nächsten Tag während des 850-jährigen Jubiläums auf dem Baiersröderhof.

Erstmals wird nun auch der Ehrentitel eines „Gemeindeältesten“ verliehen. Er setzt eine über zwanzigjährige ehren-



Weinfeste der SPD im Oktober gehörten in den achtziger Jahren zum festen Programm des Dorflebens. Der Saal Reul war festlich geschmückt, die Decke oft mit Tarnnetzen der Bundeswehr abgehängt. Hier ein Bild von der Thekenmannschaft vor zwanzig Jahren. Von links: Helmut Klees, Herbert Zinke, Christa Zinke, Bernd Reitz und als Gast Werner Härtel.

amtliche Tätigkeit in den Gremien der Gemeinde voraus. Erster Träger der Auszeichnung wird Heinz Benker. Ihm folgen später in diesem Ehrenamt Gerhard Liepelt, Otto Radosch, Dirk-Jürgen Schäfer (alle SPD) und Wilhelm Möller (BBH).

Partnerschaft mit Wechmar

Die folgende Legislaturperiode ist zunächst von den großen Ereignissen der deutschen Geschichte geprägt. Am 9. November 1989 öffnen sich erstmals nach dem Krieg die Grenzen der DDR. Bürgerkomitees entstehen und Friedensmärsche unterstreichen den Willen der DDR-Bürger nach einer friedlichen Revolution und eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten.

Nach dem Fall der Berliner Mauer sucht die kleine Gemeinde Wechmar in Thüringen partnerschaftliche Kontakte nach Westen. Dirk J. Schäfer macht sich im Januar 1990 auf den Weg zu Knut Kreuch, der dem „Bürgerkomitee“ in Wechmar angehört. Der Ort ist eine thüringische Karnevalshochburg und Knut Kreuch, mitten in den Vorbereitungen für eine Kinderkarnevalssitzung, empfängt Schäfer im Karnevalskostüm. Kreuch führt Schäfer durch das Dorf und Schäfer legt später der Gemeindevertretung und dem Gemeindevorstand einen ausführlichen Bericht vor. Wenig später signalisiert der Gemeindevorstand den Thüringern die Bereitschaft zu einer partnerschaftlichen Beziehung. Die erste Wechmarer Karnevalsveranstaltung



Der jährliche Tagesausflug der SPD führt 2004 in die thüringische Partnergemeinde Wechmar. Hier ein Gruppenbild vor dem Bürgerhaus Günthersleben-Wechmar.

1990 in Freiheit ist allen Hammersbacher Teilnehmern unvergesslich - und ihr Lied „Wir wollen leben...“

Noch schneller finden die Sozialdemokraten der beiden Gemeinden zusammen. In Wechmar wird die SPD unter Führung von Knut Kreuch neu gegründet und die Hammersbacher leisten erste Aufbau- und Wahlkampfhilfe mit Sachspenden und dem Druck der ersten demokratischen Wahlzeitung. Zum Abschluss eines Partnerschaftsvertrages kommt es im Dezember 1990. In der Folgezeit entwickeln sich vielerlei Beziehungen zwischen den Vereinen und den Bürgern der beiden Kommunen. Insbesondere die beiden SPD-Ortsvereine fühlen sich einander sehr verbunden. Fünfzehn Jahre später, im Sommer 2005, bekräftigen die Bürgermeister Knut Kreuch und Michael Göllner im Rahmen des Hammersbacher Dorffestes in Anwesenheit einer großen Delegation aus Günthersleben-Wechmar die Partnerschaft durch eine Urkunde.

Bauleiterbaracke aus Hanau wird Jugendtreff „Jumix“

Wichtige Weichenstellungen setzt die SPD in dieser Legislaturperiode im Bereich der Jugend- und Sozialpolitik durch, oftmals gegen erbitterten Widerstand der Opposition. 1990 konstituieren sich der erste Jugendbeirat und der erste Seniorenbeirat der Gemeinde, für die Jugend- und Seniorenarbeit wird ein Sozialpädagoge fest angestellt, im Kindergarten entsteht die erste Ganztagsgruppe, die Elterninitiative Hammers-

bach kann als erstes Domizil den ehemaligen Pavillon der Kreissparkasse beziehen und auf dem Spielplatz Marköbel wird der Jugendtreff „Jumix“ eingerichtet. Für die nicht vereinsgebundene kommunale Jugendarbeit können so 1992 endlich geeignete Räumlichkeiten entstehen. Wer erinnert sich heute noch an die wirklichkeitsfremden Vorstellungen mancher Oppositionspolitiker, das alte SG-Heim auf dem Weinberg ohne Wasser- und Stromanschluss, zudem weit abgelegen, den Jugendlichen zu übergeben? Eine weit tragfähigere Lösung deutet sich an, als eine nicht mehr benötigte Bauleiterbaracke in Hanau-Wolfgang angeboten wird. In tatkräftiger Zusammenarbeit mit dem neuen Jugendbeirat und mit Gemeindevertretern wird die Baracke abgebaut und nach Hammersbach transportiert. Die Gemeindearbeiter stellen sie wieder auf. Der Jugendbeirat übernimmt den Innenausbau und am letzten Oktober-Wochenende 1992 feiern Jugendliche, Gemeindevertreter und Eltern die Eröffnung. Ein Beispiel für die Förderung von Eigeninitiative und ehrenamtlichem Engagement, an der der SPD besonders gelegen ist. Später einmal werden all diese Aktivitäten im Prädikat „Familienfreundliche Kommune“ münden.

Kein Bürgerhaus

Anfang 1991 beschließt die Gemeindevertretung mit den Stimmen von SPD und CDU die Aufnahme eines günstigen Landesdarlehens für den – eventuellen – Bau eines Bürgertreffs. Die folgende

Diskussion um ein Bürgerhaus im Ortsmittelpunkt ist in den Augen vieler Bürger und Kommunalpolitiker von beträchtlichem Reiz. Die Vereine werden nach ihrem Bedarf, insbesondere auch nach der Notwendigkeit eines großen Saales, gefragt. In einer Veranstaltung der Gemeinde mit den Vereinen wird die Idee aber aus finanziellen Gründen aufgegeben. Der millionenschwere Aufwand ist einfach nicht zu schultern. Auch wenn die Opposition dieses Thema - nach einer zwischenzeitlichen „Beerdigung“ 1993 - später wieder regelmäßig aufgreift, hat sich an den sachlichen und finanziellen Voraussetzungen nichts geändert.

Baugebiet „Köbler Weg“ und Bauhof

Die Gemeindevertretung beschließt die Aktualisierung des Flächennutzungsplanes, das neue Gewerbegebiet „Am Schulzehnten“ wird ausgewiesen und das Baugebiet am „Köbler Weg“ gegen die Bedenken der Aufsichtsbehörde durchgesetzt. Im Vorgriff auf die Dorferneuerung Langen-Bergheim gestaltet die Gemeinde den Dorfplatz an der alten Schule, die Schäfergasse und den „Platz Arndt“.

Endlich kann auch ein vernünftiger Bauhof für die Gemeindearbeiter und ihre Fahrzeuge und Gerätschaften in Betrieb genommen werden. Die Gemeinde kauft dafür eine Feldscheune mit Ackerland am Ortsrand von Marköbel. Dem Bauhof angeschlossen ist eine Anlage zur Abfallentsorgung. Bis heute sind dort weitere Bauten entstanden, in

denen z. B. auch die Vereinshütten für die Dorffeste und Weihnachtsmärkte des Hammersbacher Vereinsringes untergebracht sind.

Langen-Bergheim im Dorferneuerungsprogramm

Im Herbst 1992 kommt der hessische Staatsminister Jörg Jordan zusammen mit dem heimischen Landtagsabgeordneten Lothar Klemm nach Hammersbach und verkündet die Aufnahme Langen-Bergheims in das Landesprogramm zur Dorferneuerung. Die schriftliche Bestätigung sei unterwegs, so Jordan. In Hammersbach kein Problem. Bevor sich Minister Jordan in das „Goldene Buch“ der Gemeinde eintragen kann, wird schnell ein Text voran gesetzt mit dem Inhalt, dass der Minister heute die Aufnahme Langen-Bergheims erklärt habe. Mit Schmunzeln unterschreibt Jordan und Lothar Klemm als Rechtsanwalt zeichnet gegen. In Hessen wohl eine einmalige Urkunde als Zeichen des immer wieder einmal beschworenen „Hammersbacher Landrechts“.

„Bayerisches Wahlergebnis“ wird 1993 noch übertroffen

„Dass die SPD auf ihr ohnehin schon ‚bayerisches‘ Wahlergebnis der Vorperiode noch anderthalb Prozent draufsatteln konnte, ändert zwar nichts an der Zahl ihrer Sitze in der Gemeindevertretung. Der SPD-Zuwachs auf 55,9 Prozent macht die Hammersbacher Wahl dennoch zu einer Ausnahme“, schreibt die Frankfurter Rundschau. Der Stadt Kurier spricht sogar von der

„Vorzeige-SPD im Kreis“, die „entgegen allen Trends“ ihr Wahlergebnis ausbauen konnte.

Trotz Stimmenzugewinn stellt die SPD weiter 13 Gemeindevertreter, die CDU kommt wohl dank ihrer sachlicheren Arbeit in den letzten vier Jahren wieder auf 5 Sitze, der BBH wird auf 3 Sitze halbiert und die FDP „zieht mit für sie wohl überraschenden zwei Sitzen“ (Frankfurter Rundschau) ins Parlament ein.



Helmut Klees, Gemeindevertreter von 1981-1989 und mit kurzer Unterbrechung bis 1993, seitdem Erster Beigeordneter (Vize-Bürgermeister). Er war zugleich Ortsvereins-Vorsitzender von 1983-1986 und von 1998-2000.

Ein „ruhiges“ Jahr

„Ein eher ruhiges Jahr verlebte die Gemeinde Hammersbach.“, schreibt der Hanauer Anzeiger in seinem Jahresrückblick 1993. „Größere Bauprojekte standen aufgrund der limitierten finanziellen Verhältnisse nicht an. Allerdings erfolgte die Weichenstellung für den Bau eines zweiten Kindergartens, der 1994 mit einem Investitionsvolumen von zwei Millionen Mark errichtet werden soll.“ Was hier so entspannt klingt, führt bei den Sozialdemokraten zu ausführlichen Diskussionen. Dirk-Jürgen Schäfer weist u. a. auf die Folgekosten hin und ein Teil der Fraktion teilt diese Gründe. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung stimmt letztlich auch in der Gemeindevertretung gegen dieses Projekt. Das abweichende Stimmverhalten, vorher in der Fraktion angekündigt, wird akzeptiert und führt zu keinerlei Zwistigkeiten

Das Schreckgespenst der „absoluten“ Mehrheit

„Absolute“ Mehrheiten - von den Wählern gewollt - werden gerne von der Opposition als Schreckgespenst an die Wand gemalt. Was sollte nur aus Hammersbach werden, wenn eine Partei unkontrolliert von ihrer Macht Gebrauch macht?! Der Bürgerblock sieht einmal sogar die Demokratie in Frage gestellt.

In der SPD-Fraktion aber wird über Sachfragen gestritten und gründlich diskutiert. Hier kommen die unterschiedlichsten Meinungen zu Wort, bis über einen gemeinsam tragfähigen Vorschlag

abgestimmt wird. Die SPD-Fraktion ist in ihrem „Innenleben“ kein einheitlicher Block, sondern ein Forum der Diskussionen. Wie oft haben die SPD-Vertreter in Gemeindevertretersitzungen Vorschläge der Opposition gehört, die innerhalb der Fraktion bereits ausführlich diskutiert waren. Die Gegenargumente fallen dann leicht.

Für die Wahlperiode 1989 - 1993, die erste wieder mit absoluter Mehrheit der SPD, wurden die Abstimmungsergebnisse untersucht: 80 Prozent der Abstimmungen sind einstimmig. Diese Relation gilt - trotz mancher aufgeregter politischer Diskussion - bis heute.

KONTAKTE



I / 88

Hammersbach,
den 19.2.1988



Aus einer seit 1971 unregelmäßig erscheinenden Flugschrift der Jusos mit dem Titel „Juso-Information“ wird im Frühjahr 1977 die Broschüre „KONTAKT“. Sie erscheint ebenfalls nur unregelmäßig, ist aber inhaltlich umfangreicher und professioneller im Layout. Im Februar 1988 erscheint erstmals die Ortsvereins-Zeitschrift „KONTAKTE“. Mit dem Ziel einer kontinuierlichen Bürgerinformation wird sie seitdem zwei- bis fünfmal im Jahr aufgelegt. Das Din A5-Format ist geblieben, das Erscheinungsbild wurde vorsichtig modernisiert. Im Frühjahr 2000 ergänzt die SPD ihr Informationsangebot mit einer eigenen Homepage (www.spd-hammersbach.de), die inzwischen von 10.000 Besuchern aufgerufen wurde.

1994: Zehnjährige Bürgermeisterfeier

Am 2. Februar 1994 feiern die Hammersbacher Sozialdemokraten das zehnjährige Bürgermeisterjubiläum von Helga Meininger. „Und im Historischen Rathaus Marköbel drängten dicht an dicht die Schar der Bürger, Politiker, Weggefahrenen und Freunde“, schreibt der Hanauer Anzeiger und fährt fort: „Hammersbach wirkt für den Besucher wie eine große Familie, die Gemeindevertretung gilt als Musterparlament - ein Verdienst, den sie sich zum Großteil auf die eigene Fahne schreibt... Sie möchte die Gemeinde nicht verwalten, sondern sich um die Probleme der Menschen kümmern“. Im Hinblick auf die Wiederwahl 1995 schreibt die Zeitung: „Die Wahrscheinlichkeit, dass sie nicht als strahlende Siegerin der Wahl hervorgeht, ist genau so groß wie die Chance auf die Abschaffung der Schwerkraft“.

Neuer Kindergarten eingeweiht

1994 wird der neue Kindergarten eingeweiht „Ein Schmuckkästchen – innen wie außen“, schreibt die Frankfurter Rundschau. Zwischen dem neuen Gebäude und dem Sportgelände entstehen gegen oppositionellen Widerstand 60 Parkplätze.

Die Gemeindevertretung beschließt einen Katalog von Zuschüssen für Umweltmaßnahmen und gibt den Startschuss für die Biotopvernetzung in der Gemarkung, während die „Grünen“ - erfolglos - versuchen durch eine Gründungsversammlung in Hammersbach Tritt zu fassen. Der Zweckverband

„Sozialstation Krebsbach-Kinzig“ wird unter Hammersbacher Beteiligung gegründet, und Wirtschaftsminister Klemm (SPD) teilt mit, dass der ersehnte Autobahnanschluss so schnell wie möglich gebaut wird. Die nächsten notwendigen Planungsschritte hat er auch tatsächlich bereits eingeleitet.

Erste Bürgermeister-Direktwahl 1995

Durch einen Volksentscheid 1991 wird die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte verbindlich ab 1. April 1993 in die Hessische Verfassung aufgenommen. Helga Meininger tritt am 8. Oktober 1995 ohne Gegenkandidaten zur ersten Direktwahl an und erhält - wie es der Hanauer Anzeiger ein Jahr zuvor erwartet hatte - ein Traumergebnis von 91,93 Prozent der Stimmen. Zum dritten Mal wird der Bürgermeisterbaum aufgestellt und mit knallroten Bändern geschmückt. Hammersbach feiert, allen voran die Sozialdemokraten.

25 Jahre Hammersbach

Am Silvestertag 1995 wird in einer Festveranstaltung in der Sporthalle der Grundschule - also auf dem ehemaligen Grenzberg zwischen Langen-Bergheim und Marköbel - auf 25 Jahre Hammersbach zurückgeblickt. Aus einer vorteilhaften „Vernunftfehe“, so ist in der Frankfurter Rundschau zu lesen, hat sich eine neue Gemeinde mit einem „Wir-Gefühl“ entwickelt. Das ist auch in den Reden des Gemeindevertretervorsitzenden Dirk-Jürgen Schäfer und von Bürgermeisterin Helga Meininger zu spüren, die den Verlauf der ersten 25

Jahre mit einigem Stolz auf das Geleistete bilanzieren. Gerade weil der Zusammenschluss der beiden „Grenzdörfer“ anfangs mit so viel Argwohn betrachtet wurde und weil in wenigen Jahren weit über tausend Neubürger nach Hammersbach gekommen sind, freut man sich über die gemeinsam erzielten Fortschritte besonders.

„Jumix“ im Drogenverdacht

Im Februar 1996 wird die betreuende Grundschule offiziell eingeweiht. Aus dem Gemeindehaushalt erhält sie einen Zuschuss zur Anschubfinanzierung. Dafür wird die SPD von der oppositionellen CDU wütend attackiert. Zum Politikum wird wenige Wochen später auch eine beispiellose polizeiliche „Razzia“ im Jugendtreff der Gemeinde. Es dauert Monate, bis die Polizei nach Abschluss der Ermittlungen die Gemeinde wissen lässt, dass „es sich bei dem Jugendtreff in Hammersbach nicht um einen ‚Drogenumschlagplatz‘ handelt“. Zuvor aber wird in der Gemeindevertretung heftig gestritten. Während die SPD versucht, das Gestrüpp aus Fakten und Gerüchten zu lichten und der Angelegenheit mit verstärkter Prävention beizukommen (dafür soll eigens eine ABM-Kraft eingestellt werden), nutzt vor allem die CDU-Opposition die Gelegenheit zum Angriff auf die ungeliebte kommunale Jugendarbeit und die dafür verantwortliche Mehrheitsfraktion. Gemeinsame Positionen sind am Ende nicht mehr möglich und schließlich wirft sogar der Kommentator des Hanauer Anzeigers der gesamten Opposition „Fatalismus“

und „Kapitulation vor dem Drogenproblem“ vor.

Antragsschwelle zum Wassersparen

Fast gehen andere Ereignisse dabei unter: in der Borngasse wird unter überwältigendem Andrang ein neuer Spielplatz für die Langen-Bergheimer Kinder eingeweiht, in Marköbel wird die Ortsdurchfahrt am Knotenpunkt nach Ronneburg umgebaut und ein Antrag der SPD-Fraktion zum Wassersparen wird zum Riesenerfolg. Mit Zuschüssen zur Anschaffung Wasser sparender Wasch- und Spülmaschinen und für Entsiegelungsmaßnahmen und Regenwassernutzungsanlagen wird eine regelrechte Antragsschwelle ausgelöst.

1996: 90 Jahre SPD

Das wohl wichtigste Datum für die SPD ist in diesem Jahr der 2. September. Die Gründung des sozialdemokratischen „Wahlvereins“ liegt dann genau 90 Jahre zurück. Im Rahmen einer familiären Feier begehen die Sozialdemokraten ihr 90jähriges Jubiläum. Am späten Nachmittag zeigt Gerhard Liepelt einen Zusammenschnitt alter Super-8-Filme mit Szenen von SPD-Veranstaltungen aus den sechziger und siebziger Jahren. Erinnerungen über bereits verstorbene Parteifreunde werden dabei wach, aber auch Verwunderung und Erheiterung über die sichtbaren Veränderungen, die etliche der Anwesenden zwischenzeitlich erfahren haben.



Kommunal-Wahlkampf aus einer anderen Perspektive: Plakate kleben. Von links: Reinhard Fladerer, Bernd Löffler, Wilfried Bender, Otto Radosch und Siegfried Schallert.

„Traumergebnis“ in der Kommunalwahl 1997

Mit 59,2 Prozent der Stimmen und einem Zugewinn von 3,3 Prozent beschenken die Wähler der SPD das beste Ergebnis in der Geschichte von Hammersbach und das beste Ergebnis im Main-Kinzig-Kreis. Die SPD-Fraktion ist nun mit 14 Gemeindevertretern im Parlament präsent. Die CDU gewinnt leicht, während der BBH weiter abnimmt. Beide Fraktionen behalten jedoch ihre Parlamentsstärke von 5 bzw. 3 Vertretern. Verlierer der Wahl ist die FDP, die ein Mandat an die SPD abtreten muss und nur noch einen Vertreter stellt.

„Salomon muss eine Hammersbacher Sozialdemokrat gewesen sein.“

So schreibt die Frankfurter Rundschau im Juni 1997 in ihrer Rubrik „Lokalami-täten“. Das zweifelhafte Kompliment hat sich die Hammersbacher SPD mit ihrer Idee eingehandelt, ein neu anzuschaffendes Tanklöschfahrzeug in einem geregelten Turnus durch beide Feuerwehren nutzen zu lassen, da sich die Wehren selbst nicht einigen können. Später bekennen sich die Sozialdemokraten zu einer klaren Standortentscheidung, die auch von BBH und FDP mitgetragen wird. Die CDU steht mit ihrem Votum für Langen-Bergheim allein.

Inzwischen sind diese alten Auseinandersetzungen beigelegt. Beide Ortsteil-Feuerwehren üben regelmäßig gemeinsam.

Haushaltsberatungen mit bisher ungewohnter Schärfe

Alein bleibt die CDU auch mit ihrem Vorstoß für eine „Kultur- und Sporthalle“ im Ortsmittelpunkt. Alle anderen Fraktionen winken mit Blick auf die enormen Kosten ab.

Angesichts einer sich zuspitzenden Finanzsituation und weil neue Parlamentsredner „mit ihrem jeweiligen Temperament“ (FR) in der Gemeindevertretung auftreten, werden die Haushaltsberatungen nun mit bisher ungewohnter Schärfe geführt. Erstmals dauern die Beratungen bis Mitternacht. Die SPD setzt im Alleingang den Umbau der Hanauer Straße 3 für die „Kinderkiste“ und den Ankauf des Hauses Gärtling als „mögliches Kernstück der Dorferneuerung“ durch. 2005 wird das Haus dann doch - verlustfrei - wieder veräußert, weil sich die daran geknüpften Ideen nicht realisieren lassen.

Beispielloses Engagement beim Seniorentreff

Bis zum Ende der Legislaturperiode im Frühjahr 2001 bleibt die SPD weiter in der Initiative. Ein Schwerpunkt der Arbeit widmet sich Umwelt-Themen: 1998 tritt die SPD für eine solarthermische Anlage auf der Turnhalle ein und im April des Jahres leitet sie durch einen entsprechenden Antrag dem Agenda 21-Prozess für

Hammersbach ein - ein Startschuss für vielfältiges bürgerschaftliches Engagement, der bis heute nachwirkt. Mit dem „Kompass“-Programm unterstützt die Gemeinde arbeitslose Jugendliche bei der Vermittlung in Lehrstellen. Dazu wird ein Zuschuss an die auszubildenden Firmen geleistet. „Ein kleines, aber feines Programm“, lobt die Frankfurter Rundschau später diese Initiative. Die Einrichtung eines Seniorentreffs unterstützt die SPD durch den Beschluss, den Senioren das alte Schäferhaus am Marköbeler Untertor zum Ausbau zur Verfügung zu stellen. Auch dieser Impuls mündet in einem beispiellosen Engagement der beteiligten Bürger. Vorsitzender des Seniorenbeirates und unermüdlicher Motor des ehrgeizigen Projektes ist Siegfried Schallert (SPD). 1999 beantragt die SPD-Fraktion den Beitritt der Gemeinde zum „Verein deutsche Limesstraße“ und beweist damit ihre Weitsicht. Der Limes wird mehr und mehr zu einem kulturgeschichtlichen Symbol der Region und wird 2005 durch die UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt.

„Saal Reul“ als Begegnungsstätte

Bei den Haushaltsberatungen im November 2000 entschließt sich die SPD-Fraktion, einen Antrag zu stellen, mit dem der Gemeindevorstand gebeten wird zu klären, ob und unter welchen Konditionen das von der Dorferneuerungskommission Langen-Bergheim angeregte Projekt Umgestaltung des „Saales Reul“ zu einer kulturellen Begegnungsstätte verwirklicht werden

kann. Landesmittel könnten dann abgerufen werden. Es dauert bis Februar 2001, bis im Parlament erste Entscheidungen fallen. Da ist man bereits mitten im Kommunalwahlkampf und das Thema wird breit, genüsslich und nicht immer sachgerecht als Hauptthema diskutiert, „ausgetragen mit Flugblättern der Parteien, Leserbriefen, Plakataktionen, Forderungen nach Gründung einer Bürgerinitiative zum Bau eines Bürgerhauses im Ortsmittelpunkt und heftigen Diskussionen.“ (Hanauer Anzeiger) Das emotionsgeladene Thema und die geringe Wahlbeteiligung schwächen die SPD bei der Wahl im März, obwohl die Sozialdemokraten mit einem „starken Team“ antreten, das erfahrene Kommunalpolitiker und neue Kräfte verbindet und - im Gegensatz zu allen Mitbewerbern - zur Hälfte Frauen auf aussichtsreichen Plätzen präsentiert.

Kommunalwahl 2001

Erstmals 2001 wird das neue hessische Kommunalwahlrecht mit „Kumulieren“ und „Panaschieren“ in der Praxis eingesetzt. In der Vergangenheit hatte der Wähler nur eine Stimme und konnte nur eine Liste ankreuzen. Jetzt verfügt er über so viele Stimmen, wie Sitze in der Gemeindevertretung zu vergeben sind. In Hammersbach sind dies 23 Stimmen. Er kann damit einzelne Kandidaten mit mehreren Stimmen bevorzugen (kumulieren) oder auch Stimmen an Bewerber unterschiedlicher Listen geben (panaschieren). Will er an der Liste nichts ändern, kann er auch eine „Kopfstimme“, also die Liste insgesamt ankreuzen.

In der 23-köpfigen Liste der SPD bleiben nur fünf Plätze unverändert, aber alle Kandidaten auf den entscheidenden Listenplätzen des SPD-Wahlvorschlages finden sich in der zukünftigen Gemeindevertretung wieder.

In der Wahl büßt die SPD 4,8 Prozent ein, hält aber die eindeutige absolute Mehrheit mit 13 Abgeordneten. Die CDU gewinnt acht Prozent hinzu und stellt 7 Abgeordnete (+ 2). Der BBH verliert einen Sitz und die FDP verharret bei einem Sitz.

Für die Wahl zum Kreistag stellen die Hammersbacher Sozialdemokraten wieder eine Kandidatin. Bis 1995 hat Hans Paetzold Hammersbach viele Jahre



Kerstin Martin gelingt es 2001 auf Anhieb, einen Sitz im Kreistag zu erringen. Sie wird Vorsitzende des Sozialausschusses.

im Kreistag vertreten, dann bleibt die Hammersbacher SPD einige Zeit „abstinent“. Niemand möchte kandidieren. Der Rechtsanwältin Kerstin Martin gelingt es nun auf Anhieb, einen Sitz im Kreistag zu erringen. Sie arbeitet sich schnell ein und wird schon bald Vorsitzende des Sozialausschusses.

Wachwechsel

Nach der Wahl stellt die SPD einige Weichen neu. Junge Kräfte rücken in die Gemeindevertretung nach und für den nach 20 Jahren Parlamentsstätigkeit und 16 Jahren als Vorsitzender ausscheidenden Dirk-Jürgen Schäfer wird die bisherige Beigeordnete Ursula Dietzel gewählt.



Ursula Dietzel wird 2001 zur neuen Vorsitzenden der Gemeindevertretung gewählt. Ihr Vater, der BBH-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Möller, gratuliert seiner Tochter.

Zum ersten Mal wird damit in Hammersbach auch dieses Amt von einer Frau übernommen.

Bürgermeister-Direktwahl 2001

Schon beim Neujahrsempfang der Sozialdemokraten hat Bürgermeisterin Meininger angekündigt, dass sie zur Direktwahl im September ein viertes Mal antreten wolle. Die CDU verzichtet daraufhin auf eine Gegenkandidatur, während Thomas Koch für die FDP seinen Hut in den Ring wirft. Das Wahlplakat der Bürgermeisterin wirbt mit dem zutreffenden Motto „Bürgernah und menschlich - mit Herz und Verstand für Hammersbach“. Mit 81,02 % erzielt die Amtsinhaberin einen überlegenen Wahlsieg und kann sich daran machen, noch einige „kommunalpolitische Träume“ umzusetzen.

„Letzter Kristallisationspunkt dörflicher Kultur“

Im Dezember 2001 fällt in der Gemeindevertretung der Beschluss zum Ankauf und Umbau des Saales Reul. Befürwortet wird das Projekt vor allem von den Sozialdemokraten, aber auch von der FDP und von Teilen des Bürgerblocks. Die CDU hängt derweil noch ihrer Vision vom Bau einer zentralen Kultur- und Sporthalle nach. Die Befürworter des Projektes argumentieren mit den im Vergleich zu einem Neubau deutlich niedrigeren Kosten, dem Dorferneuerungszuschuss des Landes Hessen und der Tradition und Lage des Hauses. Thomas Koch (FDP) spricht sogar von einem „letzten Kristallisationspunkt

dörflicher Kultur“. Bereits im Februar 2003 wird der neue „Bürgertreff“ seiner Bestimmung übergeben.

„Familienfreundliche Kommune“

Die Legislaturperiode bis 2005 wird von wenigen, aber besonders entwicklungs-trächtigen Projekten geprägt. So beteiligt sich die Gemeinde am Wettbewerb des Landes Hessen „Familienfreundliche Kommune“, wird für ihre Projektideen durch das hessische Sozialministerium prämiert und kann viele Anregungen aus den eingerichteten Arbeitsgruppen umsetzen. In der flexiblen Gestaltung der Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten setzt Hammersbach heute Maßstäbe.

Anschluss an Erdgasnetz

Der Einsatz der SPD für einen Anschluss Hammersbachs an das Erdgasnetz zahlt sich aus. Mit der Gasversorgung Main-Kinzig kann ein Abkommen getroffen werden, und heute steht in etlichen Teilen des Gemeindegebietes diese umweltfreundliche Energie zur Verfügung. Der weitere Ausbau wird sukzessive erfolgen.

„Limes“-Radweg und „Regionalpark Hohe Straße“

Das Radwegenetz um Hammersbach wird mit einem Teilabschnitt des „Limesradweges“ weiter vervollständigt, der bisher für Radfahrer praktisch nicht passierbar war. Dazu kommt in kürzester Zeit der Ausbau des „Regionalparks Hohe Straße“ mit Wegeverbindungen von Frankfurt bis Hammersbach, die auf

der Route des uralten Handelsweges die Region für Wanderer und Radfahrer touristisch erschließen. Mit wenig Eigenmitteln kann hier viel für die Gemeinde erreicht werden. Dem Beitritt zur Regionalpark GmbH stimmen in der Gemeindevertretung allerdings nur die Sozialdemokraten zu.

Gewerbe- und Wohngebiet „Am Lachbach“

Die sichtbarsten Zeichen der Gemeindeentwicklung zeigen sich im Bereich neuer baulicher Entwicklungen. Früh hat die SPD darauf gedrängt, den Flächennutzungsplan der Gemeinde zu überarbeiten und neue Baugebiete auszuweisen. In Langen-Bergheim entsteht nun das Gewerbe- und Wohngebiet „Am Lachbach“ und in Marköbel ist ein Wohnbaugebiet „Auf der großen Burg“ vorgesehen. Während die von den Sozialdemokraten getragene Konzeption des Gebietes „Am Lachbach“ von FDP und CDU zumindest in Teilen heftig angefeindet wird, zeigt sich das heimische Gewerbe - durch den neu gegründeten Gewerbeverein - sehr angetan und strengt sich an, die wirtschaftlichen Entwicklungsimpulse zu nutzen. Gekrönt werden die Planungen der Gemeinde durch den in wenigen Monaten zu erwartenden endgültigen Bau des Autobahnanschlusses. Ein zwei Jahrzehnte währender Kampf findet damit endlich seinen guten Abschluss.

20-jähriges Amtsjubiläum der Bürgermeisterin

Helga Meininger kann nach einer krank-

heitsbedingten Pause im März 2004 ihr zwanzigjähriges Bürgermeisterjubiläum im „proppevollen Bürgertreff“ feiern. Landrat Karl Eyerkauf, SPD-Unterbzirksvorsitzender Erich Pipa, ihre Bürgermeisterkollegen und die Hammersbacher Vereine loben ihren Einsatz, ihre Zielstrebigkeit, Wahrhaftigkeit und Bürgernähe. Bürger, die ein Anliegen vorzutragen oder ein Problem zu lösen haben, entscheiden sich in Hammersbach oft für den direkten Weg: „Ich geh mal bei die Helga“ - ein schöneres Lob für bürgernahe Verwaltung kann es kaum geben.

Rückzug Helga Meininger

Für Helga Meininger und die Hammers-

bacher Sozialdemokraten entwickeln sich die Dinge wunschgemäß, bis plötzlich und überraschend eine Wende eintritt. Die überwunden geglaubte Krankheit der Bürgermeisterin kehrt zurück. Der Arzt rät ihr zum Verzicht auf das Kräfte zehrende Amt. Eine Operation steht ins Haus. Schweren Herzens stimmt sie einer Entlassung aus dem Bürgermeisteramt - ihrem „Traumjob“ - zum 30. Juni 2004 zu. In einem letzten Schreiben bittet Helga Meininger die Bürger um Verständnis: „In den vergangenen 20 Jahren habe ich mit aller Kraft versucht, Hammersbach zu einer liebens- und lebenswerten Gemeinde zu entwickeln. Ich glaube, es ist mir



In einer Feierstunde im Historischen Rathaus Marköbel wird Helga Meininger nach zwanzigjähriger Bürgermeistertätigkeit zur „Ehrenbürgermeisterin“ ernannt. Landrat Karl Eyerkauf gratuliert Helga Meininger zu diesem Ehrenamt.

gelingen. Aber dies alles war mir nur möglich durch die große Unterstützung, die ich in all den Jahren von Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, erfahren habe. Mit den Vereinen, Verbänden und einer großen Zahl aktiver und engagierter Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde konnte ich ein Vertrauensverhältnis aufbauen, das es mir ermöglichte, das enorme und aufreibende Arbeitspensum zu bewältigen. Ich schaue auf viele glückliche Momente und eine erfüllte Zeit zurück, hoffe auf eine gute Zukunft für unser Hammersbach und verabschiede mich von Ihnen als Bürgermeisterin.“

„Bewährte Wege – frisches Handeln“

Michael Göllner neuer Bürgermeister

Jetzt müssen rasch Entscheidungen getroffen werden. Eine Kommission des Parteivorstandes schlägt Michael Göllner für die Nachfolge Helga Meiningers vor, und eine überaus gut besuchte SPD-Mitgliederversammlung wählt ihn mit 60 Stimmen bei zwei Enthaltungen und zwei Neinstimmen zum Bürgermeister-Kandidaten. Die CDU nominiert den gebürtigen Marköbeler Andreas Dietzel. Michael Göllner wirbt im Hinblick auf die überaus erfolgreiche Tätigkeit von Helga Meininger und seine Nachfolge-tätigkeit mit dem Motto: „Bewährte Wege – frisches Handeln“. Helga Meininger unterstützt ihn („Mein Wunschkandidat“) ebenso intensiv im



Michael Göllner setzt sich im Oktober 2004 mit 58,3 Prozent der Stimmen gegen seinen ortsansässigen CDU-Mitbewerber Andreas Dietzel durch.

Wahlkampf wie viele Mitglieder des SPD-Ortsvereins, und Michael Göllner gewinnt auf Anhieb mit 58,3 Prozent der Stimmen die Bürgermeisterwahl. Der Bürgermeisterbaum wird am Rathaus aufgestellt, die sozialdemokratische Amtstradition bleibt gewahrt. Michael Göllner führt nun das Erbe von Helga Meininger und ihres SPD-Teams verantwortlich weiter.

Kommunal-Wahlergebnisse in Hammersbach									
	1971	1972	1977	1981	1985	1989	1993	1997	2001
SPD	51,59	57,98	28,12	36,43	44,84	54,38	55,91	59,18	54,4
CDU	24,12	23,64	21,79	20,09	24,03	18,46	21,1	23,24	31,2
FDP	8,34	6,02	6,65	4,44	*)	4,48	7,73	5,37	6,2
BBH	15,95	12,36	43,44	34,97	29,19	22,67	15,26	12,22	8,3
DKP					1,94				
*) FDP in einer gemeinsamen Liste mit dem BBH									
Bürgermeister-Wahlergebnisse in Hammersbach									
	1995	2001	2004						
Helga Meininger	91,93	81,02							
Thomas Koch		18,98							
Michael Göllner			58,3						
Andreas Dietzel			41,7						

Der SPD-Ortsverein - menschlich und lebendig

Die kommunalpolitischen Erfolge, die personelle Kontinuität, die problemlose Integration neuer Mitstreiterinnen und Mitstreiter - das alles wäre nur schwer vorstellbar, wenn sich die Sozialdemokraten nur in Ausschuss-, Fraktions- und Parlamentssitzungen begegnen würden. Das kommunalpolitische Alltagsgeschäft braucht eine verbindende Grundlage. Das ist der SPD-Ortsverein. Der Schriftsteller Kurt Tucholsky hat in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts einmal satirisch angemerkt, die SPD hieße besser „Hier können Familien Kaffee kochen“. Die Partei war ihm zu wenig revolutionär. Ungewollt hat er dabei wohl eine sozialdemokratische Stärke beschrieben. In guten Ortsvereinen fühlt man sich unter ähnlich denkenden Menschen aufgehoben, auch dann noch, wenn inhaltliche Kontroversen einmal die Wogen hoch gehen lassen. Die Mitglieder des Ortsvereins in Hammersbach fühlen sich seit vielen Jahren wie eine Groß-Familie, sie helfen sich gegenseitig, sie feiern zusammen

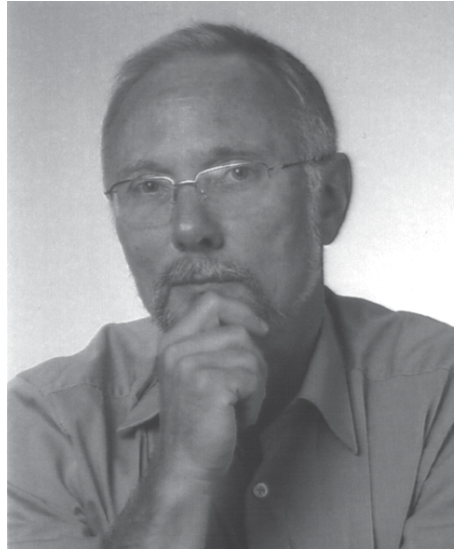
und sie sind in den Hammersbacher Vereinen verankert. Neue Mitglieder werden ohne Vorbehalte aufgenommen und sind, wenn sie es wollen und mitarbeiten, gleich integriert. Trotz unterschiedlicher und auch gegensätzlicher Meinungen bleibt der persönliche Zusammenhalt gewahrt.

SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hammersbach

Emil Köth	1968 – 1971
	Marköbel
Georg Neeb	1968 – 1971
	Langen-Bergheim
	1971 – 1977
	Hammersbach
Hans Paetzold	1977 – 1983 und
	1988 - 1989
Helmut Klees	1983 – 1986 und
	1998 - 2000
Reiner Borchers	1986 - 1988
Ewald Jaé	1989 - 1992
Bernd Löffler	1992 - 1998
Wilfried Bender	seit 2000



*Reiner Borchers, Ortsvereinsvorsitzender
1986-1988*



*Ewald Jaé, Ortsvereinsvorsitzender
1989-1992*



*Bernd Löffler, Ortsvereinsvorsitzender
1992-1998. Ihm folgt bis 2000 Helmut
Klees.*



*Wilfried Bender, Ortsvereinsvorsitzender
seit 2000*

Ein verbindendes „Highlight“ sind die jährlichen Ausflüge mit Bus oder Bahn. Hausmacher Verpflegung und Getränke sind immer dabei. Viele erinnern sich noch gerne, und vielleicht auch manchmal wehmütig, an die Ausflüge nach Würzburg, in die Pfalz, nach Rothenburg ob der Tauber, Trier, Heidelberg, Kloster Kreuzberg/Rhön und Fulda (Wiesmühle), Eisenach, in unsere Partnergemeinde Wechmar und nach Idstein. Aber auch Tageswanderungen nach Eichen, Oberau oder Ronneburg gehören zum Programm.

Während aus früheren Jahrzehnten nur der „Tanz in den Mai“ überliefert ist, dem am Maifeiertag eine politische Kundgebung folgte, nimmt der SPD-Ortsverein seit den siebziger Jahren mit einer Vielzahl von Veranstaltungen am gesellschaftlichen Leben der Gemeinde teil. Die 1971 unmittelbar nach der Entstehung der neuen Gemeinde wieder gegründete Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos) und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), die sich am 10. September 1977 konstituiert, tragen mit vielen neuen Ideen dazu bei. Die AsF veranstaltet neben Informationsabenden zu politischen und gesellschaftlichen Themen auch Kinderfeste, Second-Hand-Basare, das Heringessen am Aschermittwoch und regelmäßige Weihnachtsmärkte, aus denen sich nach der Gründung des Vereinsrings der heutige Hammersbacher Weihnachtsmarkt entwickelt. Die Jusos veranstalten Auto-Orientierungsfahrten und später - nach der Ölkrise - Fahrrad-

Rallyes. Sie organisieren Discos und Life-Auftritte regional bekannter Bands. Mit der Aktion „Kultur aufs Dorf“ holen Sie bekannte Autoren zu Lesungen in die Gemeinde oder sie veranstalten Buchausstellungen. Der gesamte Ortsverein veranstaltet in den achtziger Jahren Grillfeste und herbstliche Weinfeste, die sich in Hammersbach aber nicht auf Dauer durchsetzen. 1995 beginnt das Jahr erstmals mit einem Neujahrsempfang mit prominenten SPD-Rednern. Aus dem „Tanz in den Mai“ wird wenig später der „Rock in den Mai“. Die Musik wird zeitgenössisch lauter, das Publikum jünger und wieder zahlreicher. Das gilt noch mehr für den „Hammersbacher Band-Contest“, den Jugendliche mit kräftiger Unterstützung aus dem SPD-Ortsverein seit 2001 organisieren. Die politische Arbeit bleibt dabei nicht liegen. Immer wieder lädt der Ortsverein die Bürger auch zu Informationsveranstaltungen, die sich kommunalen oder allgemein politischen Themen widmen. In Wahlkampfzeiten werden die Anstrengungen noch verdoppelt, Plakate geklebt, Programme entwickelt, Broschüren verfasst und verteilt, Hausbesuche und Wahlstände organisiert. So viel Aktivität ist nur möglich, wenn man sich dabei solidarisch aufeinander stützen kann. Genau das kennzeichnet die Hammersbacher Sozialdemokraten. Hier verbinden sich die Menschen zu einem sehr lebendigen Ortsverein, der weiter wächst und zunehmend auch bei jungen Hammersbacher Bürgern Zuspriechung findet. Heute umfasst der Ortsverein 149 Mitglieder, der Frauenanteil liegt bei knapp vierzig Prozent.

SPD-Mitglieder in Gemeindevertretung und Gemeindevorstand in Hammersbach seit der ersten Wahl 1971

(Während einer Wahlperiode scheiden Mitglieder aus und andere rücken nach. Diese Änderungen sind mit der Monatsnummer gekennzeichnet)

Arndt, Georg	1971 - 1972
Bender, Wilfried	seit 1997
Benker, Heinz	1971 - 1989
Berthold, Hans	11/1972 - 1977
Brandt, Helmuth	1977 - 1985
Deckenbach, Armin	seit 2001
Demuth, Joachim	1993 - 2001
Dietzel, Wilhelm	seit 3/1984
Dietzel, Ursula	seit 1997
Eichenlaub, Waldemar	1993 - 2001
Fladerer, Reinhard	seit 1993
Greulich, Christina	seit 1997
Hitzemann, Hans-Günter	seit 1989
Höfler, Kurt	1977 - 1984 1989 - 1993
Hulverscheidt, Erwin	1971 - 1977
Hulverscheidt, Ingeborg	1989 - 1993
Jährling, Rüdiger	1985 - 1986

Jüngling, Friedel	1981 - 1984
Keiper, Renate	4/1979 - 1997
Klees, Helmut	1981 - 3/1989 Seit 11/1989
Koch, Erwin	3/1984 - 1993
Köth, Emil	1971 - 1981
Köller, Bernd	1972 – 1976
Köller, Verena	11/1972 - 1976 1977 - 1981
Kraft, Bettina	seit 2001
Kropp, Helmut	seit 1989
Kropp, Sabine	seit 8/1995
Liepelt, Gerhard	1971 - 1993
Löffler, Bernd	1993 - 11/1999
Lorey, Susanne	seit 8/2002
Lütter, Inge	1989 - 1993
Marx, Paul	seit 2001
Merz, Fritz	1971 - 1973
Molderings, Andrea	1993 - 8/1995
Müller, Paul	1971 - 1975
Neeb, Georg	1971 - 1977

Paetzold, Hans-Joachim	1971 - 1974
	1989 - 1993
Kreistagsabgeordneter davon ehrenamtl.	1971 - 1995
Kreisbeigeordneter	1977 - 1989
Protz, Erich	1989 - 11/1989
Radosch, Otto	1975 - 1997
Reibert, Fritz	1981 - 1997
Reitz, Alwin	1972 - 1976
	1985 - 1989
Rücker, Albert	1989 - 2/2000
Rücker, Elfriede	1993 - 1997
	2/2000 - 2001
Schäfer, Dirk-Jürgen	1981 - 2001
Schallert, Siegfried	1997 - 8/2002
Schnabl, Anke	seit 2001
Seitz, Willi	1971 - 1977
Senftleben, Brigitte	seit 2001
Speicher-Kiefer, Birgit	seit 1997
Thürmer, Willi	1971 - 1976
	1993 - 2001
Wostruha, Karl	11/1999 - 2001
Zinke, Herbert	9/1986 - 1993

